

MAZ
17.11.12

Der Fischadler als Retter

Werder will Windpark bei Bliesendorf zum Schutz von Mensch und Tier verhindern

In der Bliesendorfer Heide soll nah am Ort ein Windpark mit 200 Meter hohen Windrädern entstehen. Den Protest lässt sich die Stadt Werder 50 000 Euro kosten.

den Nachweis des geschützten Roten Milans und des Fischadlers in der Region den Windpark mit bis zu 200 Meter hohen Windrädern verhindern können“, sagt Ortsvorsteherin Annette Gottschalk (CDU). Ursprünglich war die Stadt Werder aber von Ausga-

Mehrausgaben. „Ich bezweifle, dass wir mit dem Gutachten den Park verhindern können. Schade um das viele Geld.“

Die Stadt bangt aber in erster Linie um das Wohlergehen der

Die Ortsvorsteherin will bewusst nicht noch mehr der geschützten Arten nennen, die sich auf den vorgesehenen 945 Hektar Windpark Bliesendorfer Heide angesiedelt und vermehrt haben. Die Bliesendorfer sind laut Gottschalk im engen Kontakt mit anderen Bürgerinitiativen, die schon schlechte Erfahrungen beim Kampf gegen Windräder und für den Schutz der Tier- und Pflanzenwelt machen mussten. „Wer nicht auf Seite der Bürgerinitiativen ist, ließ auch schon geschützte Tiere oder Nester aus den Regionen verschwinden, so dass sie bei den monatelangen Beobachtungen der beauftragten Umweltbüros nicht mehr zu entdecken waren. Gottschalk rechnet in einem Jahr mit den Ergebnissen des Gutachtens.

Auch die Kirchengemeinde Bliesendorf unterstützt die Gegner der alternativen Energieanlagen an diesem Standort. Sie versicherte den Anwohnern, dass sie für den Park mit Windrädern keine Flächen verkauft.



Von Regine Greiner

WERDER | Die Bürgerinitiative Bliesendorf und die Stadt Werder werden nicht müde, sich mit allen verfügbaren Mitteln gegen den geplanten ortsnahen Windpark zu wehren. Der Hauptausschuss Werder stimmte am Donnerstagabend Ausgaben von 50 000 Euro aus der Haushaltskasse für ein Artenschutzgutachten zu. Es soll unter Beweis stellen, welche vom Aussterben bedrohten Tiere im geplanten Energiegebiet leben und durch den Windpark akut gefährdet sind. „Wir hoffen, dass wir durch

ben von annähernd 10 000 Euro für das Gutachten ausgegangen. Doch die Angebote von zwei anerkannten Umweltplanungsbüros liegen bei annähernd 50 000 Euro. Trotz der deutlich höheren Kosten stimmten die Abgeordneten mehrheitlich für die Ausgabe. Sie kann von der Stadt aus Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer finanziert werden. Der Abgeordnete Klaus Behrendt (CDU) stimmte gegen die

Bliesendorfer. In der Siedlung Resau würde der im Entwurf des Regionalplanes ausgewiesene Park bis auf 600 Meter an Wohnbereiche heranrücken. Eine Bürgerinitiative hat bereits mehr als 350 Unterschriften gegen den Park in der Regionalen Planungsstelle in Teltow persönlich überreicht. Sie will sich bei Bedarf auch mit 5000 Euro an der Finanzierung des Gutachtens beteiligen. Darüber informierte ein Sprecher den Hauptausschuss.

15.11.2012

DNN 15. 11. 12

Argumente gegen Windpark

Werders Stadtverordnete wenden sich an Landtag

Werder (Havel) – Werders Stadtverordnete haben verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Bau des Windparks in Bliesendorf. Gegen das Projekt, bei dem in dem 965 Hektar großen Waldareal bis zu 45 riesige Windkraftanlagen aufgestellt werden sollen, wollen sie jetzt bei Land- und Bundestagsabgeordneten intervenieren. Ein entsprechendes Schreiben aller Fraktionen wollen die Stadtverordneten am 13. Dezember verabschieden.

„Es kann nicht verfassungskonform sein, dass die Auswahl der erneuerbaren Energien nicht von den Kommunen, sondern von der Verfügbarkeit der Fördermittel und von der Profitgier Einzelner bestimmt wird“, wie es darin heißt. Die Stadtverordneten würden erneuerbare Energien befürworten. Die Kommunen sollten aber wählen können, welche erneuerbare Energieform ins Landschaftsbild und in die städtebauliche Entwicklungsplanung passt. In dem gemeinsamen Schreiben wird an das Projekt eines 140 Hektar großen Solarparks bei Bliesendorf erinnert, mit dem die Stadt im vorigen Jahr einverstanden war. Weil Fördermittel schrumpften, sei der Solarpark dann aber nicht gebaut worden.

„Dem gesetzlich verankerten Grundrecht der Kommunen auf planungsrechtliche Hoheit muss in einer gut funktionierenden Demokratie wieder mehr Rechnung getragen werden“, wie es weiter heißt. Der Windpark bei Bliesendorf ist einer von insgesamt 24, denen die Regionalplanung Havelland-Fläming vor dem Hintergrund des Windkrafterlasses der Landesregierung durch einen „Teilregionalplan Windenergie“ den Weg bereiten will. In dem Schreiben der Stadtverordneten sollen Bundes- und Landtagsmitglieder aufgefordert werden, den Erlass, durch den die Windparkflächen auf zwei Prozent der Landesfläche steigen sollen, auf seine Rechtmäßigkeit zu prüfen. „Die Stadtverordneten gehen davon aus, dass der Erlass zur Ausweisung von Windeignungsgebieten auf der Grundlage des Raumordnungsgesetzes des Landes Brandenburg den ökologischen und umweltrechtlichen Belangen sowie geltendem Recht entgegensteht.“

Das Landschaftsbild des Erholungsortes Werder werde dadurch beeinträchtigt, zudem sei die Bliesendorfer Heide das „größte Naherholungsgebiet der Stadt“. Die Waldfunktion leide, wenn durch Wegebau und Bauflächen für die Windkraftanlagen „der Wald wie ein Schachbrettmuster fragmentiert“ werde. Zudem fehle ein Brandschutzkonzept für den Windpark, zumal eine Gasdruckleitung im Eignungsgebiet liegt.

Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung sei durch die Abstände von 1000 Metern zur Wohnbebauung nicht gewährleistet, wie es mit Verweis auf den Infraschall der Anlagen heißt – tiefe Frequenzen, mit denen sich wahrscheinlich Elefanten und Blauwale über lange Distanzen verständigen können. Ihre Wirkung, besonders auf empfindliche Menschen, ist umstritten. hxx